vorgesehene Zinsanhebungen könnten verschoben werden, wenn nicht ausfallen, signalisierte sie vor einigen Tagen.

Das Problem ist nur, dass die Notenbanken ihr Pulver weitgehend verschossen haben, zusätzliche Maßnahmen erbringen immer weniger Wirkung. Die Geldpolitik scheint überfordert.

Finanzminister Wolfgang Schäuble will das Versagen der Geldpolitik deshalb auf internationaler Ebene zum Thema machen, zum Beispiel beim nächsten G-20-Finanzministertreffen in Shanghai Ende des Monats. Schäuble möchte im Kreise seiner Amtskollegen aus den Industrie- und Schwellenländern in Anwesenheit der Notenbankgouverneure die Frage aufwerfen, ob die lockere Geldpolitik nicht langsam an ihre Grenzen stößt. Er weiß, dass er sich auf vermintem Terrain bewegt, schließlich pochen die Notenbanker stets auf ihre Unabhängigkeit. Aber er findet, dass zu viel auf dem Spiel steht, wenn die Geldschleusen noch weiter geöffnet werden.

Schäuble fürchtet, dass sich immer neue Blasen bilden, wenn die Kehrtwende in der Geldpolitik ausbleibt und strukturelle Reformen stets weiter aufgeschoben werden. „Das ist eine ungesunde Mischung“, heißt es in seinem Ministerium. Im Klartext: Schäuble hielte es für angemessen, die Zinsen schrittweise zu erhöhen.

Den Versuch, Wachstum mit Gelddrucken zu erkaufen, hält er für gescheitert. Stattdessen will er jene stärken, die Strukturreformen befürworten, um Wachstumskräfte zu entfesseln, allen voran den Internationalen Währungsfonds.

„Notenbanken können helfen, Liquiditätsengpässe zu überwinden. Aber sie können kein Schuldenproblem lösen“, sagt auch Zentralbank-Experte William White. Das Problem sei, dass die Regierungen sich darum drückten, Dinge zu tun, die nur sie tun können.

White sieht vier dringliche Aufgaben für die Politik. „Sie sollte erstens in allen Ländern, die wie Deutschland finanziellen Spielraum haben, die Staatsausgaben erhöhen, insbesondere indem sie mehr in die Infrastruktur investiert“, sagt White.

Zweitens müsse sie dafür sorgen, dass die Kapitaleinkommen zulasten der Arbeitseinkommen nicht immer weiter steigen.

Drittens gebe es in vielen Ländern erheblichen Bedarf für strukturelle Reformen, in den Arbeitsmärkten ebenso wie in den Gütermärkten und anderen Bereichen.

„Und schließlich müssten die Staatsschulden in vielen Fällen restrukturiert werden, ohne Schuldenerlass wird es auf Dauer in einigen Ländern nicht gehen.“

Viel Hoffnung, dass Politik und Notenbanken diesmal auf ihn hören, hat White allerdings nicht.

Martin Hesse, Armin Mahler, Christian Reiermann

# Elch auf Schleichwegen

**Ikea** Der Möbelkonzern nutzt zahlreiche Konstruktionen in den Beneluxländern, um offensiv Steuern zu sparen. Mitten im Geflecht der Ikea-Firmen sitzt eine Liechtensteiner Stiftung.

Einmal im Jahr gibt Ingvar Kamprad einen aus. Der wohl reichste Mann Europas lädt die betagten Mitbürger von Älmhult zu einem Drei-Gänge-Menü im Altenheim. Der Gemeindechor singt. Dann geht der Ikea-Gründer durch die Reihen, scherzt mit alten Freundinnen und ist froh, wieder in seinem geliebten Småland zu sein. Er trägt eine dunkle Cordhose, einen Pullunder und einen zerfransten Bart. Den Körper beugt er leicht nach vorn, er ist 89 Jahre alt.

„Wir sind glücklich, dass er zurückgekommen ist“, sagt Ingemar Almkvist, auch der Gemeinderatsvorsitzende von Älmhult trägt einen grauen Vollbart. Der Sozialdemokrat kann sich noch daran erinnern, wie er 1958 als Sechsjähriger im ersten, damals neu eröffneten Ikea-Geschäft von Älmhult über diese vielen Möbel staunte. Dort, wo der Aufstieg zu einem Weltkonzern begann, baut Ikea bis Juni ein Museum, das 250 000 Besucher im Jahr anlocken soll.

Es ist gut zwei Jahre her, dass Kamprad nach vielen Jahren im Schweizer Steuerexil unter großer öffentlicher Anteilnahme wieder nach Schweden zurückkehrte. Die Sehnsucht nach den alten Freunden und dem felsigen, moorigen Småland lockte ihn nach dem Tod seiner Frau nach Hause. Der alte Schwede soll von seinem Vermögen etwa hundert Millionen Euro mitgebracht haben. Er zahle jetzt ganz normal Steuern in Schweden, heißt es.

Doch den Großteil des auf 50 Milliarden Euro geschätzten Vermögens hat Kamprad vor dem Zugriff des Fiskus in einem wilden Geflecht von Firmen versteckt, das bis in die Karibik reicht. Der Schwede und seine Berater nutzen alle Möglichkeiten des internationalen Steuerrechts, damit der Möbelriese möglichst wenig an den Staat zahlen muss. „Wir haben Steuern immer als Kosten angesehen, genau wie andere geschäftliche Kosten“, rechtfertigt Kamprad das Vorgehen.

Allein in Europa soll Ikea nach einer neuen Studie, die dem SPIEGEL und einigen internationalen Medien vorliegt, zwischen 2009 und 2014 mit aggressiven Steuermodellen über eine Milliarde Euro gespart haben. Ausgangspunkt des kühnen Versteckspiels ist eine Lizenzgebühr von drei Prozent des Umsatzes, die jede der 328 Ikea-Filialen weltweit an die Inter Ikea Group zahlen muss.

So sollen in den Niederlanden zwischen 1991 und 2014 insgesamt 14,3 Milliarden Euro angelandet sein. Lizenzgebühren werden in dem Land, das gerade die Ratspräsidentschaft in der EU innehat, kaum besteuert. Die deutsche Ikea-Tochter soll allein 2014 Steuern in Höhe von 36,6 Mil-

TOMOHIRO OHSUMI / BLOOMBERG / GETTY IMAGES

**Ikea-Filiale in Peking:** Testament eines Möbelhändlers

lionen Euro gespart haben, schätzt der amerikanische Steuerexperte Marc Auerbach, der die Studie im Auftrag der Grünen-Fraktion im Europäischen Parlament verfasst hat.

Im Ikea-Schulungszentrum in Älmhult läuft in Endlosschleife ein Film, in dem Kamprad inmitten von Ikea-Möbeln aus vielen Jahrzehnten über sein berühmtes „Testament eines Möbelhändlers“ redet und über den unaufhaltsamen Aufstieg zum Ausstatter der globalen Mittelschicht. Zwischendurch heißt es lapidar, dass Ikea 1982 an eine Stiftung in den Niederlanden verkauft worden sei. Die meisten Ikea-Läden und Landesgesellschaften in der Welt gehören der Stichting Ingka Stiftung, die wiederum von Kamprads Söhnen Jonas und Peter sowie einigen Beratern kontrolliert wird.

Es sei seine Art gewesen, Ikea auf den Tod seines Gründers vorzubereiten, kommentiert der Schwede im Film die frühe Übereignung lakonisch. Tatsächlich trieben den Unternehmensgründer die mittlerweile abgeschaffte Erbschaftsteuer und die hohen Vermögensabgaben in Schweden aus dem Land. Kamprad sagt es in seinem Werbefilm etwas anders, seine Begründung schwebt in dem melodiösen Schwedisch seines sonoren Basses ganz harmlos daher, er ist noch immer der beste Verkäufer der Ikea-Idee: „Die Bedeutung der niederländischen Stiftung liegt darin, dass niemand das Geld aus Ikea herausnehmen kann.“

Doch stimmt das wirklich? Sind die komplizierten Geschäftskonstruktionen tatsächlich nur dafür da, das Wachstum von Ikea zu sichern und Gutes zu tun in der Welt, wie Kamprad gern sagt?

Keiner außerhalb der engen Kamprad-Clique weiß das so genau. Skepsis ist angebracht. Denn es gibt nicht nur eine niederländische, schon sehr intransparente Stiftung, sondern eine noch diskretere Liechtensteiner Stiftung namens Interogo, der die Inter Ikea Gruppe gehört. Diese milliardenschwere Stiftung wird von einem Beirat beaufsichtigt, in dem Kamprads jüngster Sohn Mathias und einige Freunde sitzen. Trotzdem legt Ikea wert auf die Feststellung, dass die Kamprad-Familie diese Stiftung nicht kontrolliert.

Sicher ist, dass die Liechtensteiner Stiftung in großem Stil zum Steuersparen verwendet wird. Sie verkaufte 2012 die Handelsmarke Ikea für neun Milliarden Euro an die Inter Ikea Systems BV. Diese Firma mit Sitz in den Niederlanden musste für den Kauf einen Milliardenkredit bei der Liechtensteiner Interogo aufnehmen.

Das war in Grundzügen schon bekannt. Doch nun lässt sich nachvollziehen, wie aus den eigentlich zu versteuernden Zinseinnahmen steuerfreie Dividendeneinnahmen in Liechtenstein werden. Dafür ist eine Luxemburger Tochter der Interogo, die Interogo Finance SA, zwischengeschaltet, die zwischen 2012 und 2014 knapp eine Milliarde Euro Zinsen von der niederländischen Ikea-Firma für den Kredit kassiert.

Möglicherweise hatten die Luxemburger Behörden vorab mit einem ihrer vorgezogenen Steuerbescheide bestätigt, dass kaum Steuern gezahlt werden müssten. In den Jahresabschlüssen ist nachzulesen, dass die Steuerlast auf die Zinseinnahmen in diesen drei Jahren unter 0,1 Prozent lag. So konnte die Luxemburger Tochtergesellschaft zwischen 2012 und 2014 an die Liechtensteiner Stiftung Dividenden in Höhe von 807,8 Millionen Euro überweisen.

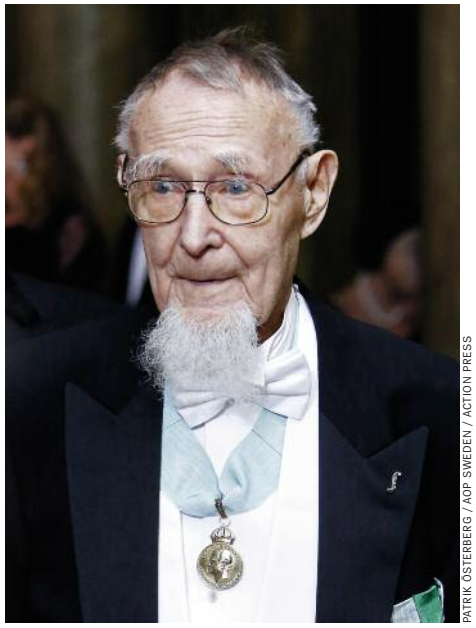
Neben Luxemburg und den Niederlanden war auch Belgien zu Diensten, um im großen Ikea-Reich die Steuersätze auf ein Niveau zu reduzieren, das für die meisten mittelständischen Möbelhändler unerreichbar sein dürfte. „Die Studie zeigt das ganze Ausmaß des Steuerdumpings in Europa“, sagt Sven Giegold, der finanzpolitische Sprecher der Grünen im Europaparlament.

In Belgien sind es fiktive Zinszahlungen, die nicht nur Ikea, sondern auch andere Großkonzerne zum Steuersparen animieren. „Die belgische Tochter Ikea Service Centre NV wurde dazu benutzt, fiktive Zinszahlungen in Höhe von 1,2 Milliarden Euro zum Abzug zu bringen“, sagt der US-Forscher Auerbach. Ikea sei es gelungen, zwischen 2010 und 2014 nur 37,5 Millionen Euro Steuern auf einen Gewinn von knapp 1,6 Milliarden Euro zu zahlen.

Bei der belgischen Finanzfirma handelt es sich um ein Mitglied der Ikea-Gruppe, die zu der niederländischen Stiftung gehört und die Ikea-Läden besitzt. Der Konzern betont, dass alles entsprechend den belgischen Gesetzen abläuft. Dort sei es nun einmal erlaubt, so zu tun, als müssten wie bei Krediten auch auf Eigenkapital Zinsen gezahlt werden. Das könnten sich auch andere Firmen zunutze machen.

„Die globale Ikea-Gruppe hat im Jahr 2015 Unternehmensteuern in Höhe von 822 Millionen Euro gezahlt“, heißt es bei Ikea. Die Steuerquote liege bei 19 Prozent, überall auf der Welt würden die Gesetze eingehalten. Außerdem zahle der Konzern Immobilien-, Umwelt- und andere Steuern und führe Zölle an die Staaten ab.

Trotzdem sind es Praktiken wie die von Ikea, denen die Finanzminister der großen Industrienationen den Kampf angesagt haben. Auch die EU-Kommission hat Ende Januar einen Maßnahmenkatalog vorgestellt, der den aggressiven Steuerplanern in den Konzernen das Leben in Europa schwerer machen soll. Das sei ein Schritt in die richtige Richtung, meint der Grünen-Abgeordnete Giegold: „Doch die Vorgänge bei Ikea beweisen, dass die EU-Kommission dringend nachbessern muss.“



PATRIK ÖSTERBERG / AOP SWEDEN / ACTION PRESS

**Unternehmensgründer Kamprad**
„Niemand kann Geld aus Ikea herausnehmen“

Beispielsweise sind in dem Brüsseler Gesetzespaket noch keine Vorschriften enthalten, die es Belgien verbieten würden, mit seinem System der fiktiven Zinszahlungen Konzerne aus ganz Europa anzuziehen. Auch die Masche mit dem Kredit von der Liechtensteiner Ikea-Stiftung, durch die in Europa quasi unversteuerte Gewinne in Steuerparadiese entkommen können, ist nach der Analyse der Grünen weiter möglich. Solche hybriden Kreditarrangements sollen nur innerhalb der EU bekämpft werden. Wenn eine außerhalb der EU ansässige Liechtensteiner Stiftung beteiligt ist, wären sie weiter möglich.

In Zukunft will Brüssel EU-Unternehmen zwingen, an ihrem jeweiligen Stammsitz die wichtigsten Finanzinformationen gegenüber dem Fiskus darzulegen. Das ist zweifelsohne ein Fortschritt, beispielsweise müsste sich die Inter-Ikea-Gruppe gegenüber dem Fiskus outen.

Doch auch hier gibt es mehr als ein Problem: Stiftungen werden vom Gesetz nicht erfasst, und die Öffentlichkeit bleibt von diesen Informationen ausgeschlossen. „Die Bundesregierung muss ihren Widerstand gegen die öffentliche Steuertransparenz bei Unternehmen aufgeben“, fordert Giegold.

Von höheren Steuern, die Ikea-Gründer Kamprad jetzt in Schweden zahlt, hat der Gemeinderatsvorsitzende Almkvist aus der Ikea-Hochburg Älmhult noch nichts gesehen. Doch er würde den ersten Ehrenbürger, der in seiner Gemeinde 4500 Jobs geschaffen hat, nie kritisieren.

In Småland sind auch Politiker bescheiden. Almkvist ist glücklich darüber, dass der Milliardär seiner Heimatstadt gerade eine Spende über fünf Millionen schwedische Kronen versprochen hat. Das sind umgerechnet 500 000 Euro, mit denen eine Begegnungsstätte für Jung und Alt entstehen soll.

Christoph Pauly